

BOV Christinendorf
1. Änderung zum Plan nach § 41 FlurbG

Nr.	TöB	Straße	PLZ	Ort	Empfangs-bekenntnis	Stellung-nahme Datum	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme zur 1. Änderung zum Plan nach § 41 FlurbG	Abwägung und Ergebnis
Bundesbehörden								
1	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abt. Bodendenkmalpflege	Wünsdorfer Platz 4-5	15806	Zossen	x	14.11.22	Durch die vorgenommenen Änderungen am Wege- und Gewässerplan werden keine neuen Belange des Bodendenkmalschutzes tangiert. Unsere Stellungnahme vom 04.11.2013 behält daher nach wie vor Gültigkeit.	Inhaltswiedergabe der benannten Stellungnahme vom 04.11.2013: „Die zur Zeit im Planungsgebiet bekannten Bodendenkmäler sind in den Planungsunterlagen korrekt dargestellt. Die im Zusammenhang mit den Bodendenkmälern zu beachtenden Belange des Bodendenkmalschutzes sind ebenfalls in den Unterlagen weitgehend korrekt dargestellt. Zu ergänzen ist hier lediglich, dass auch eine Ausweisung von Reitwegen neben befestigten Wegen und Gräben eine Nutzungsänderung des Geländes darstellt, die im Bereich von Bodendenkmälern erlaubnispflichtig ist.“ Die abgegebenen Stellungnahmen erfordern keine Überarbeitung der Unterlagen. Entscheidung: Damit Zustimmung zum Wege- und Gewässerplan.
Landesbehörden								
2	Landesamt für Umwelt; Referat T25	Postfach 601061	14410	Potsdam, OT Groß Glienicke	x	23.11.22	Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2; Immissionsschutz: Die Änderungen betreffen keine direkten Belange des vorbeugenden Immissionsschutzes. Der Planung wird zugestimmt. Als Hinweis wird eine Liste („Anlagen Ortsteile“; Stand 04.11.2023) mit den ansässigen genehmigungsbedürftigen und nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen übermittelt, die in bzw. angrenzend zum Geltungsbereich der 1. Änderung liegen. Sie sind gegebenenfalls bei der Planung zu berücksichtigen. Abteilung Wasserwirtschaft 1 und 2: Grundsätzliche Hinweise - Die Durchlässe 701 und 702 befinden sich an Gräben. Der zuständige Unterhaltungsverband sollte beteiligt werden. Die Ausgleichsmaßnahme 1000 ist von einem HQ extrem Gebiet der Hochwasserrisikomanagementplanung betroffen. Geplante Wege befinden sich im Nahbereich zu Fließgewässern. Die Vorschrift zum Schutz der Gewässerrandstreifen sollte beachtet werden. Hinweise/Forderungen zum Hochwasserschutz – Das BOV Christinendorf liegt teilweise in einem Hochwasserrisikogebiet. Die Bauweise der Anlagen muss an das Hochwasserrisiko angepasst sein. Während der Bauarbeiten ist der schadlose Wasserabfluss zu gewährleisten. In den Planungsunterlagen ist auf die Hochwassergefahren und Risiken entsprechend einzugehen. Entsprechende Festlegungen sind zu treffen. Hinweise zum Planen und Bauen in hochwassergefährdeten Bereichen – Zur Vermeidung von Schäden in jeglichen von Überflutungen potenziell gefährdeten Bereichen soll nach Möglichkeit sichergestellt werden, dass die Nutzung der Grundstücke an die möglichen nachteiligen Folgen von Hochwasser angepasst ist. Dafür sollte die Bauleitplanung in diesen Gebieten hochwasserangepasst erfolgen. In Betracht kommen dazu neben Informationen über hochwasserbedingte Risiken im Bebauungsplan, Vorgaben für eine hochwasserangepasste Bauausführung durch Festsetzungen z.B. der Bauweise. Karten/ Geodaten – Die konkrete Gefährdung kann mithilfe des Kartendienstes des Landes „Auskunftsplattform Wasser“ überprüft werden. Geodaten sind im Internet-Angebot des Ministeriums zu finden (siehe beigefügtem link). Abteilung Naturschutz und Brandenburger Naturlandschaften: Dem Ergebnis der artenschutzrechtlichen Prüfung wird unter Berücksichtigung der vorgesehenen Vermeidungsmaßnahmen grundsätzlich gefolgt. Demnach sind artenschutzrechtliche Verbote nicht einschlägig. Die Maßnahme V.Nr.4: Brutvogelfreundliche Gebäudegestaltung ist jedoch zu ergänzen. Neben der Schaffung von Einflugsmöglichkeiten ist bei der Bauausführung die Etablierung von Nischen (Bachstelze) und Nestunterlagen (Rauchschwalben) zu realisieren. Gleiches gilt für die Anbringung von einem Ruheplatz für Schleiereulen. Hinsichtlich der weiteren durch das LfU zu prüfenden naturschutzrechtlichen Belange wird den Ausführungen in den Planunterlagen gefolgt. Es ergeben sich keine zusätzlichen Hinweise (Eingriffsregelung, Schutzgebiete, Biotopschutz).	Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2; Immissionsschutz: Keine Überarbeitung der Unterlagen notwendig. Abteilung Wasserwirtschaft 1 und 2: Die grundsätzlichen Hinweise beziehen sich auf bereits genehmigte Maßnahmen des ursprünglichen Planes nach §41 FlurbG. Die Hinweise/Forderungen zum Hochwasserschutz sowie die Hinweise zum Planen und Bauen in hochwassergefährdeten Bereichen sind für die geplante Maßnahme 1400 „Ersatzneubau eines Rinder- Pflegestandes“ nicht relevant, da diese Maßnahme höher gelegen ist und sich nicht im Hochwasserrisikogebiet befindet. Aus dem unter Karten/ Geodaten benannte Kartendienst hat der vlf (Frau Stein) am 23.11.2022 dazu einen Kartenauszug erstellt, die Maßnahme 1400 eingezeichnet und der Stellungnahme beigelegt. Eine Überarbeitung der Unterlagen ist nicht notwendig. Abteilung Naturschutz und Brandenburger Naturlandschaften: Die Vermeidungsmaßnahme V.Nr.4: Brutvogelfreundliche Gebäudegestaltung wird entsprechend ergänzt und in die Unterlagen eingearbeitet. Entscheidung: Damit Zustimmung zum Wege- und Gewässerplan.
3	Zentraldienst der Polizei Land Brandenburg, Kampfmittelbeseitigungsdienst	Am Baruther Tor 20	15806	Zossen	x	25.11.22	Das beantragte Vorhaben liegt nach derzeitigen Erkenntnissen nicht in einer Kampfmittelverdachtsfläche. Eine Antragsstellung ist daher nicht erforderlich. Allgemeine Hinweise.	Eine Überarbeitung der Unterlagen ist nicht notwendig. Entscheidung: Damit Zustimmung zum Wege- und Gewässerplan.
4	Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, Dienststätte Wünsdorf	Am Baruther Tor 12	15806	Zossen	x			Nichtabgabe einer Stellungnahme gilt als Zustimmung. Entscheidung: Damit Zustimmung zum Wege- und Gewässerplan.

Nr.	TöB	Straße	PLZ	Ort	Empfangs-bekenntnis	Stellung-nahme Datum	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme zur 1. Änderung zum Plan nach § 41 FlurbG	Abwägung und Ergebnis
Regionale Behörden / Kreise								
5	Landkreis Teltow-Fläming, Landwirtschaftsamt	Am Nuthefließ 2	14943	Luckenwalde	x	28.11.22	Hauptamt, SG Infrastrukturmanagement: Das SG als Straßenbaubehörde für die Straßen/Wege in der Baulast ist nicht betroffen. Somit bestehen keine Bedenken. Ordnungsamt: Es bestehen keine Bedenken. Straßenverkehrsamt: Es bestehen keine Einwände. Verkehrsrechtliche Belange erscheinen dadurch nicht berührt. Sollten sich im Zuge der Umsetzung Nutzungsansprüche oder tatsächliche Nutzungen öffentlicher Verkehrsflächen ändern, ist die Straßenverkehrsbehörde einzubeziehen. Umweltamt, SG Wasser, Boden und Abfall: Aus Sicht der Betroffenheit oberirdischer Gewässer sind nur der Wegfall der Maßnahme Kreuzungsbauwerk 703 – Neubau eines Durchlasses sowie die Neuaufnahme des Grabens Z082301 (in Karte Nr. 523) ohne Maßnahmenplanung relevant. Den Änderungen wird zugestimmt. Seitens der Unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde bestehen keine Bedenken. Landwirtschaftsamt: Es bestehen keine Bedenken. Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung: Karte: Die geplanten Änderungen sollten kenntlich gemacht werden. Zu empfehlen ist, auch bereits umgesetzte Maßnahmen kenntlich zu machen. Die Verbindung zwischen B246 und L70 ist nicht mehr als K7230 sondern als Gemeindestraße darzustellen. Radweg 147 neu: Die Neuaufnahme sollte nachvollziehbar begründet werden. Es wird davon ausgegangen, dass die Stadt Trebbin nach Eigentumsübergang der Flächen einen Radwegeneubau planen und umsetzen soll. Im Erläuterungsbereich wäre ggf. klarzustellen, wer für den Ausbau und die Unterhaltung auf welcher Grundlage zuständig sein soll. Eine Eigentumsregelung ohne zugrundeliegender Planung wird kritisch gesehen, da ansonsten der konkrete Flächenbedarf und der Verlauf der Strecke noch sehr unklar sind. Regelwerke und Vorschriften sind zu beachten. Planung sollte frühzeitig mit UNB abgestimmt werden. Planung ist mit dem LS abzustimmen. In Bedarfsliste des LS ist ein Radweg an B246 benannt. Radwegeplanung Dritter: In Karte ist eine Radwegeplanung Dritter dargestellt. Wer dieser Dritte ist, ist nicht ganz klar. Die Bedarfsliste des LS wird voraussichtlich 2023 fortgeschrieben. Der Entwurf des kreislichen Mobilitätskonzeptes, Teil Radwege wird aktuell zu einem Radverkehrskonzept fortgeschrieben und weiterentwickelt, das Mitte 2023 fertiggestellt werden soll. Beiden Planungen kann heute nicht vorgegriffen werden. Für Umsetzung ist LS zuständig, der im BOV beteiligt werden sollte. Radweg 150 neu: Die Neuaufnahme sollte nachvollziehbar begründet werden. Zuständig ist zunächst der Landkreis Teltow-Fläming. Der Landkreis kann derzeit keine Umsetzung der Planung in Aussicht stellen. Auch hier ist eine geplante Eigentumsregelung ohne Grundlage einer konkreten Verkehrsanlagenplanung als kritisch zu sehen. Radrouten und Wanderwege: Diese sind in Planung enthalten. Soweit Ausbau oder Eigentumsregelung vorgesehen ist, ist zu gewährleisten, dass die Nutzung als öffentlich zugängliche Rad- und Wanderwege erhalten bleibt. Weg 116: Zum Weg sind keine Änderungen geplant. Der Wegeabschnitt verläuft auf einem Flurstück des LK TF. Inwieweit zum Eigentumsübergang des Weges an die Stadt und der öffentlichen Nutzung als Rad- und Wanderweg Vereinbarungen bzw. Beschilderungen und/oder Widmungen bestehen ist nicht bekannt. Dazu sollten ggf. das Landwirtschaftsamt/ Straßenverkehrsamt/ Wirtschaftsförderung weiterführende Informationen beisteuern können. Richtlinien, Eigentum, Widmung: Allgemeine Hinweise. Bedenken oder Hinweise touristischer Belange ergeben sich zur Änderungsplanung nicht. Die Stellungnahmen der Unteren Bauaufsichtsbehörde, der Unteren Denkmalschutzbehörde und des Umweltamtes SG Naturschutz werden nach Vorlage umgehend nachgereicht.	Hauptamt, SG Infrastrukturmanagement: Keine Überarbeitung der Unterlagen notwendig. Ordnungsamt: Keine Überarbeitung der Unterlagen notwendig. Straßenverkehrsamt: Keine Überarbeitung der Unterlagen notwendig. Umweltamt, SG Wasser, Boden und Abfall: Keine Überarbeitung der Unterlagen notwendig. Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung: Aus der Karte 1 wird die Bezeichnung K7230 entnommen. Im Erläuterungsbericht wird die bisherige Begründung der benannten Wege konkretisiert (Siehe Seite 11). Weg 147: Für den Weg 147 ist nur eine Eigentumsregelung/Flächenbereitstellung auf Wunsch der Stadt Trebbin angedacht, ein Ausbau erfolgt nicht über BOV. Die Unterhaltungspflicht hat Stadt Trebbin. Die Empfehlungen für Radverkehrsanlagen wurden berücksichtigt (Wegbreite, korrekte Lage des Flurstückes). Der Landesbetrieb kennt die Planungen, alles weitere (z.B. Aufnahme in Bedarfsliste) initiiert der LS zu gegebener Zeit. Radwegeplanung Dritter: Die in Karte 1 dargestellte Radwegeplanung Dritter stammt vom LS; dies wird in der Karte ergänzt. Die Radwegeplanung entlang der B246 beruht auf Wünschen des LS; Vereinbarungen zur Flächenbereitstellung wurden bereits geschlossen. Der in Stellungnahme benannte Radwegebedarf an L70 aus kreislichen Mobilitätskonzept ist vom LS nicht gewünscht und wird demnach nicht dargestellt. Die geforderte Beteiligung des LS am BOV ist bereits erfolgt. Weg 150: Die Ausweisung des Weges 150 erfolgt auf Wunsch des LS. Die Fläche des Flurstückes gehört dem LS, sowohl im Alt- als auch im Neubestand. Die Sinnhaftigkeit des Weges 150 ergibt sich aus der Radwegeplanung entlang der B246 des LS. Im BOV wird dafür die Fläche bereit gestellt. Die Ausführung „konkrete Flächenbedarf und der Verlauf der Strecke noch sehr unklar“ ist nicht korrekt; da die eingearbeiteten Vorgaben vom LS selbst stammen und somit die Grundlage bilden. Radrouten und Wanderwege; 116; Richtlinien: Allgemeine Hinweise werden berücksichtigt. Die Karte 1 und der Erläuterungsbericht wird wie aufgeführt angepasst. Entscheidung: Damit Zustimmung zum Wege- und Gewässerplan.
								Bis zum 05.12.22 wurden die Stellungnahmen der Unteren Bauaufsichtsbehörde, der Unteren Denkmalschutzbehörde und des Umweltamtes SG Naturschutz nicht nachgereicht.
6	Regionale Planungsgemeinschaft, Havelland-Fläming	Oderstraße 65	14513	Teltow	x	21.11.22	Formale Hinweise: Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming ist Trägerin der Regionalplanung in der Region Havelland-Fläming. Ihr obliegt die Aufstellung und Änderung des Regionalplanes als übergeordnete Landesplanung der Region. Der Regionalplan Havelland-Fläming 2020 ist unwirksam geworden. Der Regionalplan 3.0 wurde beschlossen und am 18.11.21 als Entwurf gebilligt. Das Beteiligungsverfahren lief bis zum 09.06.22. Der Sachliche Teilregionalplan Havelland-Fläming „Grundfunktionale Schwerpunkte“ wurde am 23.11.20 genehmigt und trat am 23.12.20 in Kraft. Regionalplanerische Belange: Durch die beabsichtigten Änderungen werden Belange der Regionalplanung nicht berührt.	Eine Überarbeitung der Unterlagen ist nicht notwendig. Entscheidung: Damit Zustimmung zum Wege- und Gewässerplan.
Ämter / Städte / Gemeinden								
7	Stadt Trebbin	Markt 1-3	14959	Trebbin	x	10.11.22	Nach Durchsicht der Unterlagen wird mitgeteilt, dass seitens der Stadt Trebbin zur zusätzlichen Aufnahme der Maßnahme 1400 (Ersatzneubau Rinder-Pflegestand) und zu den Änderungen von Wegen bzw. Gräben mit notwendiger eigentumsrechtlicher Regelung keine Anregungen und Bedenken vorgetragen werden. Die Stadt Trebbin stimmt der 1. Änderung zum Wege- und Gewässerplan zu.	Eine Überarbeitung der Unterlagen ist nicht notwendig. Entscheidung: Damit Zustimmung zum Wege- und Gewässerplan.
8	Stadt Zossen	Marktplatz 20	15806	Zossen				Nichtabgabe einer Stellungnahme gilt als Zustimmung. Entscheidung: Damit Zustimmung zum Wege- und Gewässerplan.

Nr.	TöB	Straße	PLZ	Ort	Empfangs-bekenntnis	Stellung-nahme Datum	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme zur 1. Änderung zum Plan nach § 41 FlurbG	Abwägung und Ergebnis
Verbände								
9	Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände	Lindenstr. 34	14467	Potsdam	x	29.11.22	Es wird ausschließlich zur Änderung Stellung genommen. Der Rinder- Pflegestand ist vollständig zurückzubauen und die Fläche zu entsiegeln. Die Fläche befindet sich innerhalb des LSG. Es wird davon ausgegangen, dass die Befreiung von den Verboten im LSG von der Konzentrationswirkung der Plangenehmigung erfasst wird. Gegen die Baumaßnahme werden keine Bedenken erhoben, da sich der Standort am Rand des LSG befindet. Es sind entsprechende Kompensationsmaßnahmen festzusetzen (Rückbau des vorh. Unterstandes). Eingriffe in geschützte Biotope sind auszuschließen. Dabei wurde berücksichtigt, dass die Beweidung dem Schutzzweck des LSG und des benachbarten FFH-Gebietes dient. Die Abrissmaßnahmen sind außerhalb der Brutzeit durchzuführen. Die artenschutzrechtliche Bewertung ist zu überprüfen. Entsprechend dem Niststättenerlass erlischt der Schutz der Fortpflanzungsstätte für Bachstelzen und Schleiereulen erst mit Aufgabe des Reviers. Dies ist hier nicht der Fall. Für die Rauchschwalbe erlischt der Schutz mit Aufgabe der Fortpflanzungsstätte. Ob dies hier zutrifft, bleibt offen. Es sind zwingend adäquate CEF-Maßnahmen bzw. FCS-Maßnahmen vorzusehen. Die derzeitigen Maßnahmen sind nicht ausreichend. So sind Rauchschwalben sehr standorttreu und ein Ausweichen auf andere Standorte ist schwer möglich. Die Untere Naturschutzbehörde ist einzubeziehen. Es ist zu prüfen, ob eine artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung erforderlich ist. Nach Möglichkeit ist für das Bauvorhaben eine offene Bauweise zu wählen. Es sind Nisthilfen am Bauwerk vorzusehen.	Die Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde LfU liegt vor und umfasst Artenschutz, Eingriffsregelung, Schutzgebiete (so auch LSG) und Biotopschutz. Im Bereich des Artenschutzes wird die Vermeidungsmaßnahme V.Nr.4: Brutvogelfreundliche Gebäudegestaltung entsprechend Stellungnahme LfU ergänzt und in die Unterlagen eingearbeitet. Entscheidung: Damit Zustimmung zum Wege- und Gewässerplan.
10	Landesbauernverband Brandenburg e.V.	Dorfstraße 1	14513	Teltow / Ruhlsdorf	x			(intern weitergeleitet an Kreisbauernverband Teltow-Fläming e.V.) Nichtabgabe einer Stellungnahme gilt als Zustimmung. Entscheidung: Damit Zustimmung zum Wege- und Gewässerplan.
11	Wasser- und Bodenverband Dahme-Notte	Storkower Straße 1	15749	Mittenwalde, Ortsteil Gallun				Nichtabgabe einer Stellungnahme gilt als Zustimmung. Entscheidung: Damit Zustimmung zum Wege- und Gewässerplan.
12	Wasser- und Bodenverband Nuthe- Nieplitz	Am Anger 13	14959	Trebbin, OT Großbeuthen				(Telefonische Zusage, dass Unterlagen eingegangen sind. Aufgrund Krankheit, keine Möglichkeit Empfangsbekenntnis zurückzusenden.) Nichtabgabe einer Stellungnahme gilt als Zustimmung. Entscheidung: Damit Zustimmung zum Wege- und Gewässerplan.
Weitere Beteiligte								
13	TG Vorsitzende Herr Haase	Markt 1-3	14959	Trebbin	x			
14	Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung, Fachvorstand Frau Berk	Rathausstraße 6	15517	Fürstenwalde	x	24.11.22	Mail vom LELF (Frau Berk) an vlf (Herrn Arft): In der gestrigen Vorstandssitzung (HH-Planung) wurden von Herrn Dr. Kühne (Geschäftsführer des zuständigen Wasser- und Bodenverbandes und Vorstandsmitglied) die geschätzten Kosten in Höhe von 85.000,00 € für die Maßn.-Nr.: 1400 - Umgestaltung Ruhekoppel mit Umverlegung Rinderpflegegebäude - kritisch hinterfragt. Im Hinblick auf die erhöhte Kostenschätzung von 85.000,00 € möchte ich Sie um Überprüfung bitten, ob der Bau des Durchlasses die kostengünstigere Variante wäre. Die Abwägung am 4.02.2021 (s. unten) ist bei der Umgestaltung der Ruhekoppel von Kosten in Höhe von ca. 50.000,00 € ausgegangen. Im Hinblick auf die geplante Holzbauweise wurden auch Zweifel bezüglich der Nutzungsdauer und des späteren Pflegeaufwandes angemeldet. Wurde die Bauweise mit der agt abgestimmt? Ich möchte Sie bitten, den Sachverhalt zu prüfen und mich zum Ergebnis zu informieren. Betrachten Sie die gegebenen Hinweise auch als Stellungnahme zur 1. Änderung des Wege- und Gewässerplanes.	Der Wasser- und Bodenerverband hat ausdrücklich seine Ablehnung gegenüber eines Durchlassneubaus zum Ausdruck gebracht (Ortstermin 19.07.2020). In der benannten Vorstandssitzung am 23.11.22 wurden keine Zweifel bezüglich der Nutzungsdauer und des späteren Pflegeaufwandes angemeldet. Die Bauweise des Rinder-Pflegestandes wurde mit der AGT abgestimmt. Die Absprachen sind mit allen Beteiligten durchgeführt, die Eigenanteile durch die Vereinbarungen mit dem Naturschutzfonds und mit der AGT gesichert. Kosten für die TG fallen keine an. Das Schreiben ist als nicht berechtigter Einwand zu werten. Eine Überarbeitung der Unterlagen ist nicht notwendig. Entscheidung: Damit Zustimmung zum Wege- und Gewässerplan.